

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Scheffeltung: Düsseldorf, Konkordiasstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4425. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Otte, Düsseldorf,  
Konkordiasstraße 7.  
Druck und Versand Joh. van Riden,  
Erfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.  
Fernruf: 4492

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Westfälische Land.

## Ein Merkstein in der Geschichte unseres Verbandes.

Nur im Schaffen, nur im Ringen liegt unseres Lebens Hochgewinn, Und aller Werke gut Gelingen Schafft Mut und Fleiß und reger Sinn. Nur durch Fleiß und reges Mähen Wird uns der Segen und das Gedeih'n Auch in der Zukunft weiter blüh'n, Soll unsres Verbandes Losung sein.

Aus „Durch Kampf zum Sieg“ von Johann Egge.

Die außerordentliche Generalversammlung unseres Verbandes, die in den Tagen vom 14. bis 16. September im Paulushaus zu Düsseldorf tagte, ist vorbei. Eine einträchtig und in allen Teilen harmonisch verlaufene Veranstaltung. Das ist wohl die zutreffendste Kennzeichnung dieser Tagung. „Sie war imponierend“, so lautete das allgemeine Urteil der Teilnehmer.

Mit vollem Recht konnte der Versammlungsleiter in der Schlussrede hervorheben, daß von allen Tagungen, die bis jetzt im Verbande abgehalten wurden, diese unstreitig die wichtigste gewesen. Das gilt vor allem hinsichtlich des reichlichen Maßes praktischer Organisations- und Standesarbeit, die für die Textilarbeiterschaft geleistet wurde. Werfen wir einen kurzen Rückblick auf die Tagung.

Der Geschäftsbericht hat uns die innere und äußere Entwicklung unseres Verbandes gezeigt. Die Zahlen und Zusammenstellungen spiegelten eine reichliche Fülle geleisteter Gewerkschaftsarbeit wider. Erkannte Fehler und Mängel müssen von uns in der kommenden Zeit ausgemerzt werden. Was für die Arbeiterschaft im allgemeinen und für die Textilarbeiterschaft im besonderen in nächster Zeit zu geschehen hat, wurde in Berichten und Aussprachen scharf herausgeschält und in Entschliehungen niedergelegt. Die Neuorientierung im Wirtschaftsleben und was geschehen ist, um die Textilarbeiterschaft als Produktionsfaktor zur Geltung kommen zu lassen, wurde mit Befriedigung anerkannt. Das Interesse an den Verhandlungen war wohl bei allen Teilnehmern an der Generalversammlung am regsten bei Erstattung der beiden Berichte über: „Sozialisierung und Räteystem“ und „Arbeitsgemeinschaften und Tarifverträge“.

Warum wir uns christlich organisieren, wurde scharf herausgestrichen, um darzulegen, wie notwendig gerade im neuen Deutschland eine christliche Arbeiter- und Volkskultur für den Neuaufbau unseres Staats- und Wirtschaftslebens ist. Die Verbandsjahrgänge wurden verbessert. Das Beitrags- und Unterstützungenwesen wurde entsprechend den neuen Verhältnissen eine Umgestaltung. Die Zahl der Hauptvorstandsmitglieder wurde vermehrt. Aufbau und Gliederung des Verbandes geben jetzt eine sichere Gewähr für die restlose

### Durchführung der demokratischen Grundsätze.

Die im Arbeitsverhältnis stehenden Mitglieder werden fortan in ganz besonderer Weise und in größerem Umfange wie bisher zur Mitverwaltung und Mitverantwortung in allen Verbandsinstanzen herangezogen in den Kommissionen der Lokalsekretariate, in den Bezirksbeiräten, wie auch im Verbandsauschuß und im Zentralvorstand. So hat sich die Generalversammlung grundsätzlich auf die neue Zeit eingestellt. Es wurde eine außerordentlich reichhaltige Tagesordnung erledigt. Alles ist in voller Harmonie und Uebereinstimmung, besonders in den Grundanschauungen, verlaufen, wie mit Genugtuung und berechtigtem Stolz am Schluß der Tagung der neugewählte Verbandsvorsitzende, Kollege Otte, feststellen konnte. Die letzten Sätze seiner kernigen und begeisternden Schlussansprache lauteten:

„Jetzt heißt es die Beschlüsse praktisch durchzuführen! Während der ganzen Tagung hat uns der Wille zur Tat befeuert. Dieser Geist muß sich jetzt in den Bezirken auswirken. Es gilt die gesamte Mitgliedschaft im Verband mit dem Geist und den empfangenen Eindrücken von der Generalversammlung zu erfüllen. Sind die Schwierigkeiten auch noch so groß, sie müssen überwunden werden. In einzelnen Bezirken

sind sie gegenüber der Unbuddsamkeit anderer Organisierter besonders groß. Jedoch wir müssen durch! Es kommt auch unsere Zeit! Einmal wird sich auch dieser Materialismus und Ueberrationalismus abwirtschaften.

Darum mit Begeisterung und Idealismus ans Werk! Wofür schaffen wir? Doch nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder, unsere Nachkommen und für unser ganzes deutsches Volk. Wir bauen mit an Deutschlands Zukunft. Jeder nach seiner Art. Wer nicht Baumeister sein kann, der sei Bauhilfsarbeiter. Wir alle wollen tun, was wir können, um in unserm Vaterlande wieder zu gesunden Zuständen zu kommen.“

Als nach diesen zündenden Worten der Redner die Versammlungsteilnehmer aufforderte, mit ihm in den Ruf einzustimmen: „Es lebe unser zwar krankes aber doch liebes deutsches Vaterland, es lebe unser Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands!“, da erhob sich die ganze Versammlung wie ein Mann und stimmte mit voller Begeisterung in diesen Ruf ein.

Das war echter Gewerkschaftsgeist! Hier konnte man so recht inne werden und es fühlen, daß den Teilnehmern an der Generalversammlung die Ueberzeugung von der Notwendigkeit unserer Bewegung etwas Unentbehrliches ist, etwas Wahres und Echtes. Dieser echte Gewerkschaftsgeist muß nun von den Generalversammlungsteilnehmern in alle Mitgliederkreise hinausgetragen werden.

Was ist nun zur rechten

### Auswirkung der Beschlüsse unserer Generalversammlung

notwendig? Vor allem müssen die Delegierten mit den Ortsgruppenvorständen baldmöglichst zusammen kommen und über das Ergebnis der Generalversammlung eingehend unterrichten. Auf diesen Konferenzen muß jener opferfreudige Gemeinschaftsgeist, wie er auf der Tagung in Düsseldorf zum Ausdruck kam, auf die Vorstände und Vertrauenspersonen der Ortsgruppen übertragen werden. Erst daran anschließend müssen dann bald Mitgliederversammlungen folgen. So erst kann die Tagung im ganzen Verbandsgebiet ihre rechte Auswirkung finden und die gewerkschaftliche Arbeit und Agitation beleben.

Besonderer Wert muß auch auf die Einrichtung von Unterrichtskursen gelegt werden. Es ist eine ganz besondere Durchbildung der Mitarbeiter und Träger unserer Bewegung notwendig. Tausende neuer Mitglieder sind uns im vergangenen Jahre zugeflohen. Auch mit Bezug hierauf kann man mit vollem Recht von einer „Sturmperiode“ schreiben. Diese sprunghafte Aufwärtsentwicklung der Ortsgruppen- und Mitgliederverhältnisse bedingt eine gute Durchbildung, vor allem der tätigen Mitarbeiter, der Ortsgruppenvorstände und Vertrauenspersonen.

Fügen wir nun noch hinzu, daß ein Zusammenarbeiten mit den uns freundlich gesinnten konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Jugend- und sonstigen Vereinen zur sittlichen und kulturellen Hebung des Arbeiterstandes notwendig ist und gepflegt werden muß, dann sind unsere Richtlinien für unsere Wirksamkeit in der allernächsten Zeit klar abgesteckt.

Nun aber heißt es für uns alle: Mutig und kraftvoll an der Auswirkung der Beschlüsse unserer letzten Generalversammlung.

Glückauf zu neuen Taten!

## Industrie und wirtschaftliche Aufklärung.

In der Einführung, die der erste Präsident des damaligen Kriegs-, jetzt Reichsernährungsamts, v. Batocki, 1916 zu den von diesem Amte herausgegebenen „Beiträgen zur Kriegswirtschaft“ schrieb, hat er eine der wundesten Stellen unserer bisherigen Entwicklung gezeichnet. Er hat hier gleich in den ersten Sätzen mit Recht betont, daß der größte Teil der Schwierigkeiten, die sich der Kriegswirtschaft entgegenstellten, auf den überaus mangelhaften Grundlagen volkswirtschaftlicher Erkenntnis beruhte, die bei uns Behörden wie Bevölkerung beim Eintritt in den Krieg besaßen.

Dieses Fehlen allgemeiner volkswirtschaftlicher Bildung bei der Mehrzahl unseres Volkes wie auch den meisten Beamten, das besonders auch in dem ungenügenden Verständnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung und so manchen unerquicklichen Reibungen zwischen den einzelnen Berufsständen in die Erscheinung trat, wurzelte tiefer. „Der Abiturient des Gymnasiums wie der Volksschüler traten“, so führte v. Batocki nicht weniger zutreffend aus, „bis vor kurzem ins Leben oder in die Universität ohne eine Ahnung von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen. Der Abiturient konnte zwar die Schlachtordnungen in den Kriegen der griechischen und römischen Geschichte aus dem Kopfe aufzeichnen, Namen und Regierungszeiten der römischen Könige aufzählen, die Konstruktion der Rheinbrücke Cäsars darstellen, aber von den Grundbedingungen und dem Umfang unserer landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugung, von der Entwicklung unseres Handels, von den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Erzeugung und Verbrauch hatte er keine Vorstellung. Und auch der Student blieb darin ahnungslos, wenn ihn nicht in einzelnen Fällen besondere Neigung, in anderen Fällen die Sorge vor dem juristischen Examen zu einer gewissen, in der Regel aber auch nur oberflächlichen Beschäftigung mit diesen Dingen veranlaßte.“

Was sich im Kriege so bitter gerächt, erlebte keine Fortsetzung, als wir nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch infolge des verlorenen Krieges und der politischen und sozialen Umwälzung vor dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens standen, mit dem eine gewisse soziale Neuordnung einhergeht. Die große Arbeitsamtlust, die sich förmlich jagenden Streiks, nicht bloß seitens der Arbeiter, sondern auch der Angestellten bis in deren höhere Schichten hinein, maßlose Lohn- und Gehaltsforderungen, eine Ueberhäufung der Handarbeit gegenüber der geistigen und namentlich auch der Unternehmertätigkeit, ein gänzlich unentwickeltes oder nur schwaches Gefühl für die Feinheit des Organismus unserer Volkswirtschaft: all diese trüben, noch nicht völlig überwundenen Erscheinungen fließen aus derselben Fehlerquelle, die sich im Laufe des Krieges so mannigfach offenbarte. Auch unser Unternehmertum und viele zu den akademischen Schichten zählende blieben davon nicht frei. Denn sonst hätte der Mangel an sozialem Geist, an wärmerem Empfinden von Mensch zu Mensch trotz allen Bürgerfriedens im Krieg und mancher Annäherungsversuche nicht bis zuletzt wie eine kalte Eistranke auf unseren sozialen Beziehungen lagern können. Daß auch der mehr wie nötig immer wieder betonte Klassenkampfstandpunkt entfremdend und trennend wirken muß, darf auch in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden.

Bezeichnend aber dafür, daß dieser Mangel an hinreichendem volkswirtschaftlichem Wissen und genügender volkswirtschaftlicher Kenntnis auch tatsächlich empfunden und mit dem sich immer verwickelter gestaltenden Verlauf unseres wirtschaftlichen, sozialen und öffentlichen Lebens auch immer tiefer gefühlt wurde, war der aus fast allen Kreisen unseres Volkes vor dem Kriege dringende Ruf nach mehr volkswirtschaftlicher Aufklärung und Orientierung. Würde dieses Bedürfnis nun in den einfachen Unterrichtskursen unserer Arbeiterschaft oder den Schulungsangelegenheiten des Mittelstandes und der Landwirtschaft oder den Veranstaltungen für die Staatswissenschaftliche Fortbildung der Beamtenschaft seine Befriedigung finden: sie dienen sämtlich dem gleichen Zweck einer Politisierung der Berufsstände im Sinne eines eingehenderen Verständnisses unserer wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Daseinsbedingungen und ihrer besten Gestaltung nach der Richtung der größten Förderung des Gemeinwohls.

Was für die praktische volkswirtschaftliche Aufklärung bis heute bereits geschaffen, teilweise auch unter Anwendung erheblicher Mittel von den amtlichen Berufsvertretungen und privaten Organisationen der Landwirtschaft, der Industrie, des Handwerks, des Handels, der Arbeiterschaft usw., soll dankbar anerkannt werden. Aber es kann bei weitem nicht genügen. Die Größe der Aufgaben, vor denen wir stehen, der ungleich stärkere Einfluß, den im Volksstaat der einzelne auf das gesamte öffentliche Leben auszuüben in der Lage und auch berufen ist, macht die Ausgestaltung unseres gesamten volkswirtschaftlichen Bildungsapparats zu einer der dringendsten Forderungen des Tages. Alle Stände wollen bei dem Neuaufbau des Vaterlandes mitarbeiten und dabei in erhöhtem Maße zur Geltung kommen. Nicht gegeneinander, sondern miteinander muß die Arbeit gerichtet sein! Um wieviel leichter wird sich das Zusammenwirken, aber auch um wieviel fruchtbarer gestalten lassen, wenn es getragen ist von volkswirtschaftlicher Einsicht und Verständigung, und wenn diejenigen, die bei dieser Arbeit zu leiten haben, um auch aus

eigener Überlegenheit wirklich zu führen wissen! In diesem Sinn ist die Positionierung der Deutschen eine heimtückische Aufgabe von gewalttätiger, tiefer Bedeutung für unsere gesamte Zukunft.

Bei dieser Aufklärungsarbeit darf die Industrie selbst nicht abseits stehen. Sie muß nach Mitteln und Wegen suchen, wie sie sich an jener allerdings nicht ohne weiteres immer einfachen Aufgabe in geeigneter Weise beteiligen kann. Hier liegt ein Unterlassen vor, das soeben wie möglich behoben werden sollte. Diese Einsicht ist erfreulicherweise führenden Kreisen in der Industrie nicht vorzuenthalten geblieben. Gestand doch auf der letzten Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf am 11. Mai 1919 dessen Vorsitzender, Generaldirektor Dr. Böglers-Dortmund, in einer Rede über die Folgen des Krieges und deren Aufbarmachung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu dem Punkte: Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer: „... es muß doch festgestellt werden, daß neben dem materiellen Wohlergehen die Bemühungen um die ideale Fortbildung nicht gleichen Schritt gehalten haben. Nur able-Beschreibungen und wissenschaftliche Fortschritte werden behaupten, daß in Deutschland eine Knechtung, eine Verelendung der Arbeiter stattgefunden hat. Die Unternehmerschaft hat vielmehr ihre Verpflichtung in materieller Hinsicht erfüllt. (Hing. Ansicht des Herrn Dr. Böglers! D. Schriftl.) Sie hat aber nicht rechtzeitig eingesehen, daß dies allein nicht genügt, daß daneben weitgehende Aufklärung über das Geleistete erfolgen mußte, und daß Belehrungen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge unbedingt erforderlich sind.“ — Das gilt wie für die Industrie und deren Führer so auch für die Arbeiterchaft und deren leitende Persönlichkeiten.

Für diese Arbeit unter Beschränkung auf das allerdings wichtige Gebiet der Industrie einige bescheidene Unterlagen mit zu liefern, stellt sich eine eben im Volksvereinsverlag erschienene Schrift von Dr. Emil van den Boom: Industriefragen (M.-Gladbach 1919, 138 S.) zum Ziel. Die hier gebotenen Ausführungen wollen nichts Erschöpfendes bieten, sondern nur einige dringende, die Industrie als wirtschaftliche Gesamterscheinung betreffende Lebensfragen erläutern helfen, Verständnis und nicht zuletzt aber auch Verantwortung wecken. Zweck ist die Feststellung der äußeren und inneren Entwicklung der Industrie im wesentlichen bis zur Revolution und ihrer geographischen Lebens- und Zukunftsbedingungen, insbesondere der erfolgreichen Bestrebungen nach Herbeiführung eines sozial begründeten, organischen Verhältnisses von Unternehmern und Arbeitern. Die Ausführungen bewegen sich im Rahmen folgender Kapitel: Vom Werden und Wachsen des industriellen Deutschland, Das Unternehmertum im Betrieb und öffentlichen Leben, Die Arbeiterschaft im alten und neuen Deutschland, Die Zwischenschicht der Angestellten, Industrielle Interessenvertretungen und Industriepolitik, Industriepolitik und Sozialpolitik, Berufshandliche Gemeinschaftsarbeit, Handelspolitik, Heimatmarkt und Weltmarkt, Die Industrie unter den Einwirkungen des Weltkrieges, Zum Wiederaufbau, Industrieversicherung, An der Schwelle einer neuen Zeit.

Das ein industrieller Aufklärungsdienst, wie er hier gefordert wird, zu den wichtigsten Forderungen des Tages gehört, bestätigt eben auch Professor Schwabacher im neuesten Heft von Schwabachers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, wo er betont, daß für den Mangel an genügender sozialer Aufklärung auch im Verhältnis von Unternehmer und Arbeiter heute das „ganze Volk auf schwerste büßen“ müsse und wo er die Verbreitung von mehr volkswirtschaftlicher Erkenntnis und Einsicht als ein „dringendes Gebot“ bezeichnet. Ist es nicht auffallend, daß dieser Ruf heute so allgemein und nicht zuletzt aber aus der Sozialdemokratie ertönt?

### Das Gesetz über die Betriebsräte.

Der Nationalversammlung ist der Gesetzentwurf über die Betriebsräte zugegangen. Dieser Gesetzentwurf wird ohne Zweifel noch Gegenstand erheblicher Auseinandersetzungen im Parlament sein. Die Betriebsräte sind die unterste Stufe in dem noch einzurichtenden Räteystem. Auf den Betriebsräten sollen sich Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat aufbauen; sodann sind aus Arbeiter- und Unternehmervertretern gemeinsamer Bezirkswirtschaftsräte und ein Reichswirtschaftsrat vorzugehen. Das ganze bedeutet eine wesentliche Änderung unserer ganzen Arbeits- und Wirtschaftsverfassung; es handelt sich um Fragen, die praktisch jetzt in Angriff genommen werden sollen und die in ihrer Wirkung tiefstufend sind. Die Lösung dieser Frage ist praktisch für die Arbeiterchaft von viel größerer Bedeutung, wie vieles theoretische Gerades über Bergesellschaftung und Sozialisierung, welches meist auf unrealisierbare Pläne und einen Schwamm von Worten hinausläuft. Besonders gilt das auch für die Textilindustrie.

Bei der großen Bedeutung, welche die Lösung der Rätefrage für unser Wirtschaftsleben hat, ist es verständlich, daß dieselbe heiß diskutiert ist. Diejenigen Kreise, denen von ihren bisherigen Positionen und Freiheiten wesentliche Abstriche gemacht werden sollen, wehren sich dagegen. Das darf aber keineswegs irgendwie beeinflussend für den Gang der Dinge sein; es handelt sich vielmehr vor allen Dingen darum: wie schaffen wir eine Arbeits- und Wirtschaftsverfassung, welche die Entwicklung des Wirtschaftslebens in gesunden Fortschrittsbahnen ermöglicht und vor allen Dingen der Arbeiterchaft auch die Gleichberechtigung und Wertung als Produktionsgefäße des Volkswirtschafters bringt, und so zur Lösung der Arbeits- und Wirtschaftsfrage beiträgt.

Vorläufig liegt nur der Gesetzentwurf über die Betriebsräte vor; die Vorlagen über Bezirksarbeiterräte usw. werden erst später folgen. In nachfolgendem sei hier auf den Gesetzentwurf über die Betriebsräte näher eingegangen:

Das künftige Betriebsrätegesetz tritt an die Stelle des von den Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen handelnden zweiten Abschnitts der Verordnung vom 23. Dezember 1913. Die alten Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen werden beseitigt, an ihrer Stelle tritt der einheitliche Betriebsrat, der sich aus einer Arbeiter- und Angestelltengruppe zusammensetzt. Die Gruppen werden von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes entsprechend ihrem Verhältnis und nach den Grundätzen der Verhältnisse gewählt. (Von mehreren Angestelltenvereinigungen, besonders den kaufmännischen, war man in letzter Zeit stark für die Aufrechterhaltung der bisherigen Angestelltenvereinigungen und für extra starke Berücksichtigung der Angestellten eingetreten. Dem hat der Entwurf keine Rechnung getragen.) Das Gesetz gilt für alle Betriebe, Geschäfte und Verwaltungen des öffentlichen und privaten Rechts im weitesten Sinne, es umfaßt Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, wie auch die freien Berufe. Ausgenommen ist nur wegen ihrer Eigenart die See- und Flottenwirtschaft, die einer besonderen Regelung vorbehalten ist.

#### Ein Betriebsrat ist in jedem Betriebe,

der mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt, zu bilden, für Betriebe von 5 bis 20 Arbeitern ist die Wahl von Obmannen vorgeschrieben, die die gleichen Rechte und Pflichten haben wie der Betriebsrat, mit Ausnahme des Mitbestimmungsrechts bei Einstellungen und Entlassungen. Der Gliederung der Betriebe entsprechend ist für die einzelnen Abteilungen die Bildung von Abteilungsbetriebsräten vorgesehen, aus denen ein Gesamtbetriebsrat zu errichten ist. Die gewählten staatlichen Unternehmungen, besonders die Verkehrsanstalten (Eisenbahn, Post) erhalten in Anlehnung an ihre Organisation ein von der untersten Stelle bis zur Spitze sich gliederndes System von Räten.

Das aktive Wahlalter beträgt 20 Jahre, das passive 24 Jahre. Danach haben alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche 20 Jahre alt sind, das Wahlrecht, und können bei einem Alter von 24 Jahren in den Betriebsrat hineingewählt werden, jedoch ist für die Wählbarkeit ferner Voraussetzung, eine sechsmonatige Betriebs- und dreijährige Gewerbezugehörigkeit. Für die Möglichkeit der Zusammenarbeit künftiger Beamtenräte mit den Betriebsräten ist Sorge getragen. Die Wahlzeit des Betriebsrates beträgt 2 Jahre, jedoch kann der Betriebsrat auch schon vor Ablauf der Zeit sein Amt niederlegen, aber er kann zum Ausbleiben aus dem Betriebe gezwungen werden, wenn er das Vertrauen der Belegschaft nicht mehr hat, bezw. diese ihn durch Abstammung und qualifizierte Mehrheit ein Misstrauensvotum erteilt.

#### Die Aufgaben

der Betriebsräte liegen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Sie sind Organe für die Durchführung der Tarifverträge, mangelt folger, für die in Gleichberechtigung mit dem Arbeitgeber sich haltende Regelung aller Arbeitsverhältnisse. (3. B. Mitwirkung bei der Festlegung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, Einführung neuer Lohnungsmethoden, Urlaubsregelung, Bezahlung der Feiertage.) Sie setzen zusammen mit dem Arbeitgeber die Arbeitsordnung fest; sie haben das Einverständnis unter der Arbeiterchaft und mit dem Arbeitgeber zu fördern und sollen in Streitfällen für geregelte geheime Abklärungen sorgen. Wohlfahrtseinrichtungen verwaltet künftig der Betriebsrat zusammen mit dem Arbeitgeber; bei Unfallunterstützungen, die im Betrieb vorgenommen werden, ist ein vom Betriebsrat bestimmtes Mitglied hinzuzuziehen. Schließlich hat jeder das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, bei denen kein Einspruch, soweit nicht die Entlassung aus wichtigem Grund fruchtlos erfolgt, den Arbeitgeber zur Verhandlung nötig. Erfolgt keine Einigung, so entscheidet endgültig der Schlichtungsanspruch, der auch im übrigen für den ganzen sozialen Aufgabenkreis schiedsinstanz ist.

Unter den wirtschaftlichen Funktionen des Betriebsrates seien erwähnt: Er hat die Betriebsleitung mit Rat zu unterstützen, um so mit ihr für einen möglichst hohen Stand der Produktion und für möglichst wirtschaftliche Betriebsführung zu sorgen. In die mit Ausschüssen ausgestatteten Unternehmungen entscheidet er ein bis zwei seiner Mitglieder nach besonderem noch zu erlassendem Gesetz. Er hat ein Recht darauf, Einsicht über alle die Arbeitnehmerchaft berührenden Betriebsvorgänge, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, zu verlangen. Insbesondere kann er die Vorträge von Lohnbürgern und Unterweisungen über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf verlangen. In Unternehmungen, die Handelsbücher zu führen haben und mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, kann er vom 1. Januar 1920 an jährlich eine Bilanz, eine Gewinn- und Verlustrechnung verlangen. Die Mitglieder des Betriebsrats sind durch Strafverfahren gegen Benachteiligungen geschützt, auch können sie nur mit Zustimmung des Betriebsrats entlassen oder bestraft werden, vorbehaltlich der Entlassung aus wichtigem Grund. Die Scheinhaftung der dem Betriebsrat mitgeteilten Geschäftsgeheimnisse ist durch Strafvorschriften geschützt. Die Betriebsräte verwalten ihre Amtsmittel als Ehrenamt. Notwendige Arbeitsverfassungen darf eine Lohnänderung nicht zur Folge haben.

Der Gesetzentwurf enthält in § 34 Ziffer 6 die Bestimmung, daß der Betriebsrat den Betrieb vor Erschütterungen bewahren und bei drohenden Arbeitsentstellungen dafür sorgen soll, daß die Arbeit nicht eher niedergelegt wird, ehe dies in geheimer Abstimmung und mit Zweidrittelmehrheit beschlossen ist, es sei denn, daß die Entlassungen der Berufsvereine übereinstimmend ein anderes Rechtsverhältnis vorsehen. Mit dem Prinzip, die Betriebe vor Erschütterungen zu bewahren, hat man durchaus einverstanden; es fragt sich nur, ob der dazu beschrittene der richtige Weg ist. Abgesehen davon, daß die Entlassungen der Berufsvereine vielfach nicht übereinstimmend ein anderes Rechtsverhältnis vorsehen, muß das Schwergewicht der Entscheidung, ob eine Arbeitsentlassung in Frage kommen soll, oder nicht, den Gewerkschaften verbleiben und darf nicht bei den Betriebsräten liegen. Schon aus allgemein gewerblichen Zusammenhängen heraus ist das notwendig.

Sodann möchten wir zu der in dem Entwurf vorgesehenen Mitwirkung des Betriebsrates bei Einstellungen, Entlassungen und Entlassungen noch bemerken, daß es sich hier um ein sehr wichtiges Recht handelt. Hier muß nicht von einer bloßen Mitwirkung der Betriebsräte die Rede sein, es heißt zwar in § 40 des Entwurfs, daß die

politische, militärische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung eines Arbeitnehmers oder seine Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein kein Grund zur Erhebung eines Einspruchs für den Betriebsrat sein darf. Es ist aber die Frage, ob diese Sicherung genügt. Wir führen z. B. hier nur an, daß nach den Erfahrungen der letzten Monate damit gerechnet werden muß, daß radikal-sozialistische Elemente versuchen werden, Anhänger anderer Richtungen möglichst aus den Betrieben fernzuhalten. Betriebsräte, welche sich dazu hergeben, müßten zum mindesten sofort ihres Amtes enthoben werden.

Nach dem Entwurf steht dem Betriebsrat kein Einspruchsrecht zu bei Entlassungen, die durch Stilllegung des Betriebes erforderlich werden. Hier läßt der Entwurf zu viel Freiheit für den Arbeitgeber. Die Gründe für die Betriebsstilllegung müßten dem Betriebsrat mit vorgelegt und die Entscheidung eventuell in die Hände eines unparteiischen Organs gelegt werden.

Dem Betriebsrat steht nach dem Gesetzentwurf ein weitgehendes Recht der Einsichtnahme in die Betriebsvorgänge (Vorlage von Lohnbüchern, Bestellungen usw.) zu, und bei Unternehmungen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind und über 50 Arbeitnehmer beschäftigen, ist der Unternehmer zur Vorlage einer Bilanz verpflichtet. Geben wir hier ruhig zu, daß nur ein sehr geringer Teil der Betriebsräte aus den Reihen der Arbeiterchaft die Fähigkeit besitzt, um eine Bilanz auf ihre Richtigkeit prüfen zu können. Es besteht deshalb die Gefahr, daß der Zweck dieser Bestimmung in sehr vielen Fällen nicht erfüllt wird, wenn nicht in anderer Richtung ein Ausweg gefunden wird, der der wirklichen Sachlage mehr Rechnung trägt.

Hoffentlich erfährt der Gesetzentwurf in einigen Punkten eine zweckdienliche Änderung. Im Ganzen genommen bedeutet die Vorlage selbst einen äußerst wichtigen Schritt auf dem Wege einer neuen Arbeitsverfassung. Die große Menge und die Kompliziertheit der aufgeworfenen Fragen zeigt übrigens auch, daß sich ohne sachkundige Mitarbeit der Gewerkschaften eine praktische, den Verhältnissen gerecht werdende Durchführung des Gesetzes nicht erzielen läßt. Die praktische Handhabung wird dem späteren Gesetz erst den richtigen Inhalt geben. Einerseits zwingen uns die neuen Verhältnisse zu vermehrter Schulung und Pflege der Fachbildung, andererseits gilt aber vor allem: mit den vermehrten Rechten sind auch vermehrte Pflichten verbunden. Hohes Pflicht- und Verantwortungsgefühl können, wenn der vorliegende Gesetzentwurf erst zum Gesetz geworden ist, daraus eine Quelle des Guten schaffen.

### Heim und Kind für die erwerbstätige Frau.

Durch den ungeheuren Männerverlust des Krieges haben sich die Verheirathungsaussichten des weiblichen Geschlechts bei uns ungemein verringert. Nach neueren Berechnungen kamen vor dem Krieg auf tausend männliche Einwohner von 18 bis 45 Jahren 1004 weibliche, jetzt aber hat sich diese letztere Zahl auf 1166 erhöht. Da wir gleichzeitig wirtschaftlich so außerordentlich viel armer geworden sind, wird infolge dessen die weibliche Erwerbsarbeit dauernd einen sehr viel breiteren Raum einnehmen müssen als früher, wenn auch im Augenblick die Erwerbstätigkeit der Frau gegenüber der Kriegszeit zurückgehen mag. Das Leben dieser erwerbstätigen Frauen wird aber, so wie die weibliche Veranlagung einmal ist, bei aller Hingabe an den Beruf doch immer eine große Lücke aufweisen und insbesondere wird sich die Sehnsucht nach dem Kinde geltend machen. Auf der anderen Seite werden infolge des Krieges auf lange Jahre hinaus große Mengen von Kindern vorhanden sein, die halb oder ganz verwaist sind oder denen die Eltern kein genügendes Heim bieten können. So liegt es nahe, diese beiden Bedürfnisse, das Bedürfnis der alleinlebenden Frau nach dem Kinde und das Bedürfnis der Kinder nach einem Heim, nach Verjorgung und Erziehung, zusammenzubringen. Mit anderen Worten: es kommt für die erwerbstätigen Frauen sicher in erheblichem Umfange in Betracht, ihr einjames Leben durch Aufnahme und Erziehung eines Kindes zu ergänzen, allerdings in der Hauptsache für diejenigen erwerbstätigen Frauen, deren Erwerb hinreicht, um noch einem weiteren Menschen Lebensmöglichkeit zu gewähren, also vor allem für die etwas höher Stehenden und Gebildeteren.

Es ist ein Verdienst eines Aufsatzes von Margarethe von Gottberg in der Aprilnummer der „Rheinischen Blätter für Wohnungsweisen und Bauverfassung“ (Düsseldorf, Aderstr. 1), auf diese Zusammenhänge aufmerksam gemacht zu haben, wenigstens die in dem Artikel ebenfalls empfohlene Verbindung dieser Sache mit der Bekämpfung des Kinderhandels ihre Bedenken hat. Zugleich aber weiß die Verfasserin auf die großen Hindernisse hin, die unsere Wohnungsverhältnisse bisher solchen Plänen entgegenstellen und knüpft daran einen außerordentlich beachtenswerten Reformvorschlag. „Die Wohnungsverhältnisse der ledigen erwerbstätigen Frauen sind“, sagt sie, „sofern sie nicht in der Lage ist, einen eigenen Haushalt zu führen oder sich in einen Familienhaushalt einzufügen, demnach unzureichend selbst bei den bescheidensten Ansprüchen, geschweige denn in Fällen, wo sie zur Lösung einer Kultur Aufgabe beitragen möchte. Hier muß Wandel geschaffen werden. ... Es müssen Heime für erwerbstätige Frauen entstehen, die diese Seite besonders berücksichtigen, d. h. in denen neben allen Annehmlichkeiten für die eigenen persönlichen Bedürfnisse auch die Möglichkeiten gegeben ist, Kinder nicht nur unterzubringen, sondern in denen den Kindern während der Arbeitszeit ihrer rechtmäßigen Pflanzmutter zugleich eine zentrale Beaufsichtigung und Verpflegung gewährt wird. Um den Charakter der

eigenen Häuslichkeit zu wahren muß diesen Heime zu nächst das Kaiserliche genommen werden, indem kleinere und größere abgeschlossene Wohnungen, bestehend mindestens aus Wohn- und Schlafzimmer nebst kleiner Küche, vielleicht auch Bad, geschaffen werden. Statt gemeinsamer Esse- und Speiseräume aber sind Kinder- spielhalle, Milchküche und Kinderkranzimmern einzurichten. Zur Beaufsichtigung der Kinder wird gemeinsam eine Kinderpflegerin angestellt, der je nach der versorgenden Kinderzahl eine Hilfskraft beigegeben ist. Diese Heime bilden daneben zugleich eine Unterkunftsöglichkeit für erwerbstätige Witwen mit Kindern, aber auch für erwerbstätige Frauen ohne solche. Es soll ihnen lediglich die Möglichkeit gegeben werden, auch Kinder zu beherbergen.

Wir möchten glauben, daß diese Anregung sehr wertvoll ist und daß auf diesem Wege unserem Volkstum ein erheblicher Dienst geleistet werden könnte.

### Allgemeine Rundschau.

#### Siebt es eine Versorgung der Bevölkerung mit Textilwaren?

In einem Artikel des Blattes „Konsumgenossenschaftliche Praxis“ des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine erscheinen folgende Darlegungen beachtenswert: „Außer der Lebensmittelversorgung ist wohl kaum eine Frage brennender, als die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung. Die Preise, die heute in den Privatgeschäften gefordert werden, können von den breiten Schichten — Arbeiter, Beamte und Angestellte — nicht gezahlt werden. Eine Anzahl Anfragen in der Nationalversammlung sowie einige Sitzungen der Wirtschaftskommission der Nationalversammlung beschäftigten sich mit dieser Sache. Die Reichsregierung hat immer wieder Erklärungen abgegeben, daß auf dem schnellsten Wege unter Mitwirkung der Konsumvereine die Verteilung der Bestände der Reichstextil-A.-G. und der Bekleidungs-Beschaffungämter und der Heeresbestände an die Bevölkerung abgegeben werden sollte. Aber die Regierung denkt und die Kriegsgesellschaften und Bürokraten lenken. Trotzdem die Not nach Bekleidungsstücken groß ist, und trotzdem schon seit dreiviertel Jahren die Verhandlungen schweben, haben bisher die Konsumvereine unseres Reichsverbandes noch nicht für einen Pfennig Textilwaren erhalten. Ja noch mehr, die Reichstextil-A.-G. weigerte sich sogar, den Konsumvereinen und den übrigen Genossenschaften einen entsprechenden Anteil von ihren Beständen abzugeben.“

Die sämtlichen in Betracht kommenden deutschen Genossenschaften haben sich in Eingaben und Depeschen an die Reichsregierung gewandt, bisher leider ohne Erfolg; Reichswirtschaftsamt und Reichsziehämter streiten sich herum, ob und wie weit sie für die Maßnahmen der Reichstextil-A.-G. zuständig sind, und dabei steht sie unter Aufsicht des Reichswirtschaftsamtes.

Mittlerweile gehen die Bestände der Reichstextil-A.-G. in den freien Handel ohne jede Preiskontrolle. Anzüge von 800, 1000 und über 1000 M. sind in den Geschäften zu haben, angefertigt aus den Stoffen der Reichsstoffen. Aber während so für die Schieber und Kriegsgewinnler gesorgt wird, sieht die breite Masse da und ist nicht in der Lage, Anzüge und Leibwäsche zu bekommen. Dabei lagerten Milliarden Werte in den Reichslagern. Der Reichsregierung muß es endlich gesagt werden: diese Wirtschaft sinkt zum Himmel! Wir meinen uns dagegen, daß Leute, die Einfluß in unserem heutigen demokratischen Staat haben, allen guten Willen der Regierung durchkreuzen. Uns bleibt nichts anderes übrig, als die Flucht in die Doffentlichkeit.“

#### Im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit.

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß allein produktive Arbeit imstande ist, unsere Volkswirtschaft wieder auf die Beine zu helfen, hat der Wirtschaftsverband deutscher Handwerker und Gewerbetreibender e. V. die ersten Schritte hierzu getan, indem er in Köln eine besondere Abteilung, Arbeitsstätte für Arbeitslose und Kriegsbeschädigte, geschaffen hat, deren Aufgabe es ist, Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten so lange Beschäftigung zu einem angemessenen Lohn zu bieten, bis sie eine ihren Fähigkeiten entsprechende Anstellung gefunden haben. Diese Abteilung ist erst vor einigen Wochen ins Leben gerufen worden und beschäftigt heute schon über 50 Personen, bisher Erwerbslose. Nach Ausbau des Unternehmens können hunderte Arbeitslose auf der Arbeitsstätte lohnende Beschäftigung finden. Einstweilen ist das Unternehmen unwirtschaftlich, weil die eingestellten Leute sich meistens aus Kriegsbeschädigten und älteren Personen, die in einem anderen Betriebe nicht mehr unterkommen, zusammensetzen; die Leitung ist aber der Ansicht, daß es durch Einarbeit der Arbeiter späterhin produktiv werden muß, und daß diese Ansicht richtig ist, beweisen heute schon die Erfahrungen mit einzelnen Leuten. Ein aus dem Unternehmen sich etwas später ergebender Gewinn soll in der Hauptsache dazu benutzt werden, solchen Kriegsbeschädigten, die infolge Verwundung oder schwerer Erkrankung gar keine Arbeit mehr leisten können, ein erträgliches Dasein zu verschaffen, insbesondere sollen dabei Kriegsbeschädigte beschäftigt werden, die eine habereiche Familie zu unterhalten haben.

Das Unternehmen verdient alle Unterstützung. Der Wirtschaftsverband wird sich noch an die größeren Gewerbe- und industriellen Werke in Köln und Umgebung wenden, um ihnen die Ziele des Unternehmens klarzulegen. Nur wenn alle arbeitslosen Arbeitnehmer wissen, an wen

sie sich zu wenden haben, und wenn alle Arbeitgeber bereit sind, die Einrichtung im Interesse eines baldigen Aufbaues unserer Volkswirtschaft nach Kräften zu unterstützen, wird ein voller Erfolg zu erringen sein.

#### Die „edlen“ Spartakisten.

Unweit dem berichtigten Hamborner Revier befindet sich die Besche „Lohberg“. Ein sogenannter „Beckenrat“, aus lauter kommunistischen Weltbeglückern zusammengesetzt, übte dort den niederrächstigen Terror aus. Keiner durfte mehr anfahren, der nicht Mitglied der freien Vereinigung und der kommunistischen Partei war. Andersdenkende wurden sogar aus den Kellerräumen gejagt oder mußten flüchten. Ohne die Genehmigung des Beckenrates hatte kein Beckenbeamter etwas zu sagen. Wie in der sozialdemokratischen, „Niederrheinischen Volksstimme“ berichtet wurde, hat dieser Beckenrat beim Lebensmittelankauf, den er an sich gerissen hatte, recht hübsche Geschäfte gemacht. Es heißt dort von dem Beckenrat:

„Er verdiente z. B. an 22 Ztr. Wibelbohnen 440 M., an 25 Ztr. Marmelade 500 M., an 10,2 Ztr. Runkelrübe 204 M., an 11,5 Ztr. Trauben 115 M., an 5 Ztr. Grießmehl — M., anscheinend unter sich verteilt, an 5 Ztr. Bohnen 150 M., an 1 Ztr. Honig 50 M., an 1,8 Ztr. Zwiebeln 54 M., an 5 Ztr. Erbsen — M., anscheinend unter sich verteilt, an 5,5 Ztr. Weizen 165 M., an 15 Ztr. Roggen 400 M., an 12 Ztr. Hafer 300 M., an 5 Ztr. Wibelbohnen 200 M., an 30,4 Ztr. Wibelbohnen 1824 Mark, an 10 Ztr. Mengkorn (gemischtes Korn) 400 M., an 14,2 Ztr. Weizen 852 M., an 18,5 Ztr. Weizen 925 Mark, an 10 Ztr. Erbsen 1300 M., an 2,2 Ztr. Weizen 110 M., an 10 Ztr. Hafer 250 M., an 126 Ztr. Mähren 64 M., an 240 Ztr. Erbsen 4800 M. Reinverdienst 13 103 M.“

Der edle „Rat“ hat dann noch die Menschenfreundlichkeit gehabt, zum größten Teile mit dem Gelde das Weiße zu suchen.

Daß sich unter den Kommunisten, Spartakisten und wie die -isten alle heißen, viele edle Menschenfreunde befinden, ist bekannt. Der „Vorwärts“ berichtete nämlich vor längerer Zeit über ein Berliner Vorkommnis, unter der Ueberschrift „Spartakus als Verwandlungskünstler“ folgendes:

Wohnt da in der Pottentorstraße zu Nichtenberg ein ehemaliger Obergeher der Firma Sierens. Im Kriege war der Mann Unteroffizier in einem Proviantamt — und schickte fleißig Pakete nach Hause. Alles von dem großen Ueberfluß, der an der Mannschaftsversorgung erpart wurde. In die Heimat er lassen, wurde da par Unteroffizier Sicherheitsmann unter Eichhorn im Polizeipräsidium. Nach der Auflösung der Sicherheitswehr betätigte er sich als kommunistischer Agitator. Als nun der Generalfreiwiliger patrouillierte er als angelernter Sicherheitsmann schwer bewaffnet und patronenbegürtet in den Nichtenberger Straßen. Gleichgestante fanden sich, mit ihnen wurde in einer dunklen Nacht dem Güterbahnhof Frankfurter Allee ein Besuch abgestattet, natürlich nur zu dem Zweck, dort die Plünderer zu vertreiben. Diese hatten dort aber so manches Nützliche in der Eile liegen lassen. So brachte man größere Quanten Mehl, Rauchfleisch nach Hause und rollte auch drei Fässer Butter zum Hintereingang auf den Hof. Um die Sache nicht rüchbar werden zu lassen, frankte man aus dem großen Buttervorrat den Ratschweibern im Hause die Mäuler und schimpfte dabei nach allen Regeln der Kunst über die freiwilligen Regierungstruppen; diese Bluthunde mußten alle an den Laternen ausgehämmt werden und so weiter. Nur die Frau eines im Hause wohnenden Gewerkschaftsangehörigen weigerte sich, die ihr gratis angebotene Butter anzunehmen. Dafür sollte sie später noch zu büßen haben. Als es nun hieß, die Regierungstruppen kommen, trat eine merkwürdige Wandlung bei den freigelegten Herrschaften ein. Im Gaudumdrehen verschwanden die Waffen. Ra'd darauf traten Soldaten ins Haus, um die Wohnungen nach Waffen zu revidieren. Siehe da, sie wurden von denen, die vorher so furchterlich auf sie schimpften, als gute Freunde empfangen und mit dickgeschmierten Butterbrotten, Bier und Zigaretten reichlich bewirtet. In der Unterhaltung mit den Soldaten schimpfte man nun weidlich auf die plündernden — Spartakisten, die müßte man alle an den Laternen aufhängen. Der Trid gelang nur zu gut. Die Soldaten glaubten es mit krassen Leuten zu tun zu haben und nahmen es mit der Hausführung nicht so genau. Dafür wurde in der Wohnung des erwähnten Gewerkschaftsangehörigen recht intensiv gesucht und noch dreimal kamen die Soldaten wieder, um jebeimal verstärkte Nachschau zu halten. Unter den Spartakisten befanden sich also auch recht edle, von einem Sozialismus überfälligte Charaktere.

Bestände nicht die große Gefahr, daß zum Schluß alles vollständig verloren geht und jede Möglichkeit schwindet, endlich wieder gesündere Verhältnisse in Deutschland zu bekommen, man könnte wirklich den Wunsch haben, zur Abwechslung auch einmal „am weitesten“ links Stehenden ans Ruder zu lassen, damit sie in praktischer Arbeit zeigen, wie es gemacht wird. Dann würden aber ganz bestimmt manchem unserer Volksgenossen die Augen weit aufgehen.

#### „25 Jahre Gewerkschaft christl. Bergarbeiter“.

Unter vorliegendem Titel ist von dem Abg. Heinz Imbusch anlässlich der silbernen Jubelfeier des Gewerkschaftsvereins eine geschmackvoll ausgestattete, 144 Seiten umfassende Festschrift mit interessantem Material aus der Geschichte der Bergarbeiterbewegung im allgemeinen und des Gewerkschaftsvereins im besonderen herausgegeben. Die Schrift kann daher nur wärmstens empfohlen werden. Aus dem Inhaltsverzeichnis geben wir folgende Kapitelüberschriften kurz wieder: „Die vor der Gründung des Gewerkschaftsvereins liegenden Organisationsversuche“, „Die Gründung und Entwicklung des Gewerkschaftsvereins christl. Bergarbeiter“, „Die Leistungen des Gewerkschaftsvereins für die Bergleute“, „Die Entwicklung der Gewerkschaftsvereinsleistungen“, „Verwaltung des Gewerkschaftsvereins“. Außerdem befinden sich in der Festschrift, welche auch zwei gut gelungene Reproduktionen der ersten Nummer des „Berg-

Knappen“ und der Vereinszeitung in der veränderten Ausstattung seit 1907 enthält, die Bilder der ersten, zweiten und dritten Geschäftsstelle in Altesseffens bezw. Essen, sowie der jetzigen Hauptgeschäftsstelle und der Gewerkschaftshäuser in Saarbrücken, Herzogenrath, Heerlen (Holland). Am Schluß der Schrift werden kurze Lebensabrisse von Personen, die für die Entwicklung des Gewerkschaftsvereins bedeutungsvoll sind, gebracht, neben deren Bildern. Der Preis der Festschrift, die eine schöne und dauernde Erinnerung an die 25 jährige Jubelfeier des Gewerkschaftsvereins darstellt, beträgt 3 Mark. Bestellungen wolle man an die Hauptgeschäftsstelle des Gewerkschaftsvereins christl. Bergarbeiter Essen, Schützenbahn 64, richten.

#### Erhöhung der Rentenzulagen für die Invalidenrentner.

Auf dem Gebiete der Sozialfürsorge hat die deutsche Nationalversammlung noch kurz vor ihrer Vertagung weitgehende Verbesserungen durchgesetzt. Ueber eine Erweiterung und gesetzliche Festlegung der Wochenhilfe haben wir bereits in der Nr. 37 unseres Verbandsorgans kurz berichtet.

Anschließend an das Gesetz über Wochenhilfe ist dann am 21. August 1919 auf Grund des Ermächtigungsgesetzes über die vereinfachte Form der Gesetzgebung durch den Ausschuß für Volkswirtschaft mit Gesetzeskraft eine Erhöhung der Rentenzulagen für die Invalidenrentner beschlossen worden. Die diesbezügliche Vorlage ist im Sozialen Ausschuß der Nationalversammlung vorgeberaten und zur beschleunigten Erledigung an den mit größter Machtbefugnisse ausgestatteten Volkswirtschaftsausschuß überwiesen worden. Der § 1 lautet:

Personen, die auf Grund der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung eine Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Witwerrente beziehen, wird für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1920 eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage zu ihrer Rente gewährt, sofern sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten.

Die Bestimmungen der Verordnung vom 3. Januar 1918 sowie vom 14. Dezember 1918 gelten entsprechend.

Die Gesamtzulage beträgt monatlich 20 M. (bisher 8 M.) für Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente, monatlich 10 M. (bisher 4 M.) für Empfänger einer Witwen- oder Witwerrente.

Die Kosten belaufen sich auf 300 Millionen Mark, die von den Versicherungsanstalten zu decken wären, aber von ihnen allein nicht getragen werden können. Das Reich muß deshalb erhebliche Beiträge zuführen. Da auch die kleinen Invalidenrentner eine Verbesserung nötig haben, werden die Berufsgenossenschaften gehalten sein, in gleicher Weise vorzugehen. Für die Unfallrentner, deren Renten nach dem 31. März 1919 festgelegt werden, ist durch Verordnung vom 6. August 1919 ein bedeutend höherer Jahresarbeitsverdienst zugrunde zu legen. Die Grundlagen für die Berechnung der Beiträge und Leistungen aus der Reichsversicherung müssen nun einer Veränderung unterzogen werden. Die Nationalversammlung wird sich wohl noch im kommenden Herbst mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen das menschenmöglichste zu tun, dazu hat sich die Nationalversammlung wiederholt bereit erklärt. Angeregt vom Verbands deutscher Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Kochstraße 9 in Berlin, hat sich unter dem Vorsitz des Kollegen Abg. Gilsing (Ztr.) ein freier interfraktioneller Ausschuß gebildet, der nach eingehenden Beratungen folgende, von der Volkversammlung am 21. August genehmigte Forderungen der Regierung vorlegte:

1. sofort ausreichende Mittel zur schleunigen Gewährung von Beihilfen an notleidende Kriegshinterbliebene zur Verfügung zu stellen;
  2. vor dem Erlass der entsprechenden Bestimmungen die im Reichsausschuh der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge vertretenen Organisationen zu hören;
  3. der Nationalversammlung bei ihrem nächsten Zusammentritt eine genaue Darlegung über die bisherigen Aufwendungen für Kriegshinterbliebene nach Art und Höhe vorzulegen, unter besonderer Berücksichtigung der infolge dieses Beschlusses aufgewendeten Mittel;
  4. das in Aussicht gestellte Mannschafis- und Hinterbliebenenversorgungsgesetz schleunigst vorzulegen.
- Das wird demnächst geschehen. Die Renten für die Kriegsverletzten sind kürzlich erhöht worden.

### Aus unserer Industrie.

#### Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

zeigt kein einheitliches Bild. Während die Seidenwebereien und auch die Woll- und Halbwoollwebereien, soweit sie über Rohstoffe verfügen, im ganzen befrriedigend beschäftigt sind, hat sich die Lage der Papiererganwebereien anschließend an die Papiererganwebereien weiter verschlechtert. Die Baumwollwebereien können jetzt teilweise besser arbeiten, doch haben die Preise sowohl für Baumwollgarne, wie für Baumwollgewebe in der letzten Woche eine weitere Steigerung erfahren. Die Hanfindustrie hofft, daß es ihr möglich sein wird, in absehbarer Zeit ihre Tätigkeit wieder zu beginnen, da die Lieferung von Rohstoffen in Aussicht steht. In der Wollerei und Strickerei besteht genügend Nachfrage, doch fehlt es immer noch an genügendem Rohstoff.

#### Der Kohlenmangel und die Textilindustrie.

In einer Breslauer Textilarbeiterversammlung erklärte ein Mitglied der Preussischen Landesversammlung, die Kohlennot habe zur Folge, daß die Seidenindustrie unheimlich leiden werde. Tausende Tonnen Schlack

müßten verkaufen, da sie nicht geröstet werden können. Auch in Zukunft könnte man nach amtlicher Auskunft des Kohlenkommissariats wenig Kohlen zuführen.

Englische Wolle für Deutschland.

Die Nachricht einzelner Blätter, daß die Einfuhr größerer Mengen englischer und schottischer Wollen für Deutschland gesichert sei, ist nicht richtig. Bis jetzt sind weder größere Partien solcher Wollen in Deutschland eingetroffen, noch aber ist eine Aussicht, daß dies in absehbarer Zeit geschehe, vorhanden.

Steigerung der Ausfuhr englischer Textilmaschinen.

Die Steigerung der Ausfuhr englischer Textilmaschinen hat in diesem Jahre erheblich zugenommen. In den ersten sechs Monaten des Jahres wurden nur Pf. St. 1.904.000 ausgeführt, in diesem Jahre konnten die englischen Textilmaschinenfabrikanten im gleichen Zeitraum für Pf. St. 3.268.000 ausführen. Die meisten Maschinen gingen nach Britisch-Indien, dann nach Nordfrankreich, die dritte Stelle nimmt Japan ein. Nach dem übrigen europäischen Festland wurden nur für Pf. St. 514.000 ausgeführt.

Amerika als Wettbewerber in der Seidenindustrie.

Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die amerikanische Seidenindustrie während des Krieges so weit erstarkt ist. Jetzt liegen aber Zahlen vor, welche beweisen, daß die Steigerung des Verbrauchs von Rohseiden während der Jahre 1914 bis 1918 geradezu eine überwältigende gewesen ist. Während im Jahre 1914 der Rohseidenverbrauch der Vereinigten Staaten nur 97.828.000 Kilogramm betrug, ist er im Jahre 1918 auf 180.906.000 Kilogramm gestiegen. Genaue Kenner der Verhältnisse glauben, daß diese Ziffer sich im Jahre 1919 noch weiter gewaltig erhöhen wird.

Aus unserer Bewegung.

Unterstützungen während des Übergangsjets.

(Vom 1. November 1919 bis 1. April 1920.)

Die jetzt geltenden Streikunterstützungssätze werden um 33 1/2 Prozent erhöht. (In besonderen Fällen noch höhere Sätze.)

Maßregelungsunterstützung bleibt wie bisher.

Die zur Zeit geltende Erwerbslosenunterstützung wird bei Arbeitslosigkeit um 20 Prozent erhöht. (In Spezialfällen keine Erhöhung.)

Die Unterstützungsdauer wird sowohl bei Krankheit wie bei Erwerbslosigkeit erhöht und zwar:

Table with 2 columns: Contribution amount and duration in weeks. 260 - 6 weeks, 520 - 7 weeks.

Das III. Quartal 1919 schließt erst mit dem 1. November. Von den Ortsgruppen sind aber vor Ablauf des Quartals 2 Konten-Zahlungen an die Zentralkasse zu leisten. Bei Inkassotreten der neuen Unterstützungen am 1. April 1920 wird in Unterstützungsfällen strikte darauf gesehen, ob auch die notwendige Zahl der neuen Beiträge entrichtet ist.

Vorträge über Sozialisierung, Räteystem, Arbeitsgemeinschaften und Tarifverträge.

Entsprechend einer Anregung in der Verbandsgeneralversammlung werden die Vorträge in der nächsten Zeit in Broschürenform herausgegeben. Wir bitten die Mitglieder, etwaige Bestellungen auf diese Broschüren halbmöglichst bei den Verbandsgemeinschaften zu machen. Diese geben dann die Bestellungen an die Zentralkasse weiter.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Appelshülen. Von unserer neugegründeten Ortsgruppe wurde am 5. v. Mtz. die erste Monatsversammlung abgehalten. Der Besuch derselben war ein guter, besonders hatten sich die Kolleginnen recht zahlreich eingefunden. In Beginn der Versammlung wurden dem Vorsitzenden, Kollegen Bötes, einige eingegangene Schriftstücke den Mitgliedern bekannt gegeben und sodann zur Wahl von zwei Kassensystemen geschritten. Es wurden zu Kassensystemen gewählt: Kollegin Anna Landwehr und Kollege Hubert Meyer. Als Verbandstaktel wurde von der Versammlung einstimmig das Biotel des Birtel Herrs J. J. Gollmann bestimmt. Im Anschluß daran richtete der Kassierer, Kollege Landmann, noch einige ermahrende Worte an die Mitglieder. Es wurde besonders darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, treu zusammen zu halten. Nachdem noch einige Ausführungen über Lohn- und Tarifwesen stattgefunden hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Ettingen. Es gibt doch so manche Substanz, deren Arbeiterschaft sehr spät den Weg zur Organisation gefunden hat. Das gilt zur Folge, daß manche Arbeiter, die früher in selbstherrlicher Weise schalteten und walteten ohne Rücksicht zu werden, auch heute noch gerne an dem alten gewohnten System festhalten möchten. Unsern mühseligen Arbeit der Gewerkschaften ist hier erforderlich, um all den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft Anerkennung zu verschaffen. Gar oft sieht die Arbeiterschaft den Widerstand eines Teiles der Arbeitgeber, der immer noch nicht verstehen will, daß auch der Arbeiter ein Recht zu leben hat, daß ihm dazu ein gewisses Existenzminimum und nicht zuletzt eine menschenwürdige Behandlung vom Arbeitgeber zugesichert werden muß. In der Art der Arbeitgeber, mit der wir uns beschäftigen, geht es auch bei den Textilbetriebern von Karlsruhe und Umgebung,

wie wir schon oft feststellen Gelegenheit hatten. Im April dieses Jahres gelang es endlich nach langer Mühe und Arbeit dem christlichen Textilarbeiterverband und dem freien Schneiderverband mit dem Verein der Wäschereibetriebe von Karlsruhe und Umgebung einen Tarifvertrag abzuschließen, der zu den festgesetzten Normallohnen eine Teuerungszulage bis zu 30 Prozent vorsah. Davon wurden 15 Prozent mit dem Inkassotreten des Tarifes ausgezahlt. Je weitere fünf Prozent sollten am 1. Juni, 15. August und 1. Oktober gewährt werden. Nun hat die Wäschereivereinigung ausgangs August die beteiligten Organisationen wissen lassen, daß die am 15. August fälligen fünf Prozent nicht zur Auszahlung gelangen können, weil sich in der Zwischenzeit die Lebensverhältnisse gebessert hätten. Eine weitere Zuschrift teilt mit, daß ab 1. Oktober die bestehende Teuerungszulage von 20 Prozent ebenfalls in Wegfall kommen soll, weil angeblich bis dahin eine weitere Besserung der Lebensverhältnisse eintreten werde und weil andere Städte niedrigerer Grundlöhne bezogen als hier. Wir haben wahrhaftig nicht davon bemerkt, daß eine Verbilligung der Lebenshaltung eingetreten ist, denn das soll doch wohl mit der obigen Begründung gesagt sein. Wir können die angeführten Gründe überhaupt nicht als stichhaltig anerkennen und verstehen die Erregung wohl, die sich der Arbeiterschaft bemächtigt hat beim Bekanntwerden des Beschlusses der Wäschereivereinigung. Wir haben auch sofort Schritte unternommen, um den Herren Arbeitgebern die Haltlosigkeit ihres Beschlusses darzulegen. Nun wird uns mitgeteilt, daß der Verein der Wäschereibetriebe neuerdings geschlossen hat, die verweigerte Lohnzulage vorläufig doch zur Auszahlung zu bringen. Eine weitere Stellungnahme zu der Angelegenheit durch die Arbeitgeber soll am Montag, den 8. September, erfolgen. Wir erwarten bestimmt, daß die Arbeitgeber der Lage Rechnung tragen, und nichts beschließen, was geeignet wäre, die ohnehin schwierige Lage der Arbeiterschaft noch weiter zu verschlechtern. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß wir gewonnen sind, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die geplanten Verschlechterungen abzuwehren. Weiter verlangen wir, daß solche Arbeitgeber, die mit der Bezahlung der Teuerungszulage noch im Rückstande sind, diese unverzüglich zur Auszahlung bringen. Soviel zur heute. Wir behalten uns vor, je nach Umständen zum Kapitel Wäschereibetriebe weiter Stellung zu nehmen.

Guben. Der Streik in Guben beendet. Die streikende Arbeiterschaft in Guben hat beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. In den früheren Berichten haben wir bereits mitgeteilt, daß die Mitglieder des deutschen Verbandes, Ortsgruppe Guben, mit dem ausgesprochenen Zweck in den Ausstand getreten waren, Andersorganisierte zu zwingen, Mitglieder des freien Verbandes zu werden. Da dies nicht gelang, im Gegenteil unsere Mitglieder fast bei der Fahne blieben und es wohl auch der Leitung dieses Verbandes in Guben inwischen zum Bewußtsein gekommen sein mag, wofür unerschütterliches, unerschütterliches und unkollegiales Verhalten sie an Andersorganisierte geknüpft hatten, ging man dazu über, Forderungen zu stellen, um diesem Streik einen Schein von Berechtigung zu geben. Diese Forderungen haben wir ebenfalls in einem früheren Bericht bekannt gegeben. Sie bedeuten weiter nichts als zum Teil Selbstverständlichkeiten und zum anderen Teil sind sie darauf berechnet, die Knebelung der freien Willensmeinung anderer auf diesem Wege zu erreichen. Auch damit hatte man kein Glück. Trotz aller Bemühungen ist es nicht gelungen, den gewünschten Zweck zu erreichen. Durch diesen Streik hat man nur erreicht, daß über 500 Arbeiter und Arbeiterinnen 2 1/2 Woche ihren Lohn eingebüßt haben. Bei diesen teuren Zeiten bedeutet dies einen schweren, nicht mehr einzulösenden Verlust für die betreffende Arbeiterschaft. Wie vieles hätte die Arbeiterschaft damit kaufen können, viellecht hätte manche Krone damit gefüllt werden können. Aber unbestimmt um die Notlage in der hiesigen Arbeiterschaft mußte dieses Opfer nach dem Willen einiger Fanatiker gebracht werden. Ein nicht unerheblicher Teil der Gubener Arbeiterschaft fragt sich vergebens, wofür haben wir eigentlich gestreikt und war dieser Streik im Interesse der Arbeiterschaft erforderlich? Selbst bei einem Teil der Mitglieder des deutschen Verbandes bricht sich allmählich die Überzeugung Bahn, daß man die Arbeiterschaft dazu mißbraucht hat, um andere als die angegebenen Ziele zu erreichen. Mag man im Deutschen Verbande nur so fortfahren, uns kann es recht sein; denn dadurch werden der Arbeiterschaft die Augen geöffnet und sie werden bald erkennen, wo ihre Interessen am besten gewahrt werden.

Kaiserlautern. Der Bericht in unserem Verbandsorgan über die hiesige Lohnbewegung entspricht nicht ganz unseren Anschauungen und hätten wir auch gewünscht, daß unsere Kollegen Steinbrücker, Müll, Denig, Wiger und besonders unsere Kollegin Bäder, die Frau unseres früheren Vorsitzenden, die besonders für die Führung unserer Kasse tätig war, erwähnt worden wären. Jetzt sind wir die größte Hoffstelle in der Hjalz, und das Bestreben eines jeden Kollegen und einer jeden Kollegin muß sein, jeden christlichen Textilarbeiter, jede Arbeiterin dem christlichen Textilarbeiterverbande zuzuführen. Der Erfolg mit der Kammergarnspinnerei Kaiserlautern soll jedem Kollegen und Kollegin beweisen, daß nur eine gute fromme Organisation das erreichen kann, was erreicht worden ist. Auch mit der Firma Bender u. Co. hoffen wir, sobald mehr Rohmaterial eingetroffen ist, einen Vertrag abzuschließen. Bis jetzt hat sich unser Textilindustrie noch nicht recht entwickeln können wegen Mangel an Rohmaterial, aber man hofft, daß es bald eine Wendung gibt, damit alle Kollegen und Kolleginnen wieder in ihren alten Strömungen eintreten können. Denn gerade die besten Kräfte unseres Verbandes sind noch in anderen Betrieben beschäftigt. Aber Fortwärts muß die Lösung sein in unserm Verband, und wenn jeder seine Pflicht tut, bleibt der Erfolg nicht aus.

Langerfeld i. B. Vom schönsten Wetter begünstigt, fand am 31. August unser Sommerfest im Jugendheim statt. Um 3 Uhr sollte unser Fest beginnen, aber schon lange vorher war der große Saal überfüllt. Obgleich für 1000 Personen besetzt war, mußten sich viele mit einem Stehplatz begnügen. Der Feier lag ein sehr reichhaltiges Programm zugrunde. Die christlichen Vereine hatten sich bereitwillig in den Dienst der Sache gestellt. Der Vorsitzende des evangelischen Männer- und Jungmännerbundes hat alle erdenklich und begeistert durch seine vorzügliche zu Gebote gestellten Reden. Auch der Kassierer des evangelischen Männer- und Jungmännerbundes, der katholische Männer- und Jungmännerverein und der christliche Verein junger Mädchen gaben ihre Beiträge zu Gebote. Den Vereinen auch an dieser Stelle herzlichsten Dank. Herr A. Kappel und Herr D. Hagenberg gaben die Reden. Sie führten uns in kurzen Zügen einige Gewerkschaftsüber vor Augen. Herr A. Kappel erwähnte alle, daß nicht nur in den Vereinen und Familien, sondern auch in den Betrieben als Christen zu erwachen und frei zu betonen. Wir sind christlich organisiert. Kaiser Lautern, Kollege Kappel, der die Anwesenden auch begrüßte, dankte allen Anwesenden auch herzlich und ersuchte alle zur treuen Mitarbeit. Es gab 2 Uhr nach

die Feier ihr Ende. Wohl alle Teilnehmer werden befriedigt nach Hause gegangen sein. Wöge dieses Fest dazu beitragen, daß die christliche Arbeiterbewegung erstarkt und vertieft werde und noch viele den Mut fassen, sich als christlich organisierte Arbeiter zu betonen.

Vorrach. Die hiesige Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes hielt am 19. August in der „Berche“ eine Mitgliederberatsammlung ab. Der Vorsitzende konnte einen werten Gast in unserer Mitte begrüßen, den Kollegen Oskar Kämmele aus Ulm, welcher auf einer Vortragstour im Badischen begreifen war. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten sprach Kollege Oskar Kämmele über die Ferienfrage und über die geplanten Reformen im Verbandsrat. Ueber das Leben und Treiben der Arbeiter- und Soldatenräte und über die Bedeutung der Betriebsräte für unsere Zukunft wußte er manche interessante und treffliche Ausführungen zu machen. An den Dank für den Rezerenten knüpfte der Vorsitzende die Bitte, die Ortsgruppe Vorrach auch später wieder einmal zu besuchen. In der Diskussion wurde noch auf den neuen Lohn- und Tarif hingewiesen und den Gewerkschaftsführern der wohlverdiente Dank ausgesprochen für ihre große Mühe und Arbeit. Den besten Dank aber können die Gewerkschaftler dadurch bekunden, indem sie fest und treu zu den Führern und zum Verbandsrat stehen, denn Kämpfe werden uns allen auch in der Zukunft nicht erspart bleiben.

Literatur.

„Der Bauverein“. Ein Handbüchlein zur Gründung und für Leiter von Baugenossenschaften. Von Michael Gasteiger. München 1919. Verlag des Bayerischen Baugenossenschaftsverbandes. 64 Seiten, Preis 3,50 M. Wir verweisen Interessenten mit Nachdruck auf diese ausgezeichnete Schrift, die auf der Erfahrung einer zehnjährigen Tätigkeit im Baugenossenschaftswesen aufbaut und alles das in gemeinverständlicher Form bespricht, was bei Gründung, Verwaltung und Finanzierung von Baugenossenschaften zu beachten ist. Der Schrift sind Musterabgaben, Formularenmuster für den Schriftverkehr mit den Amtsgerichten und die wichtigsten amtlichen Bekanntmachungen, insbesondere über den verordneten Mehraufwand, beigegeben.

Geschäftsbericht des Graphischen Zentralverbandes für die Zeit von Juli 1913 bis Juli 1919, 34 Seiten. Verlag des Verbandes.

Jahresbericht des christlichen Gewerkschaftsbundes der Schweiz, 1918. 23 S. St. Gallen (Schweiz) 1919. Selbstverlag.

Lokalbeamte bezw. Hilfskräfte gesucht.

Für die Bezirke Sachsen, Schlesien, Baden und Württemberg werden ein ge Lokalbeamte bezw. Hilfskräfte gesucht, welche die erforderlichen organisatorischen, rednerischen und schriftlichen Fähigkeiten besitzen, wollen unter Angabe der Dauer der Verbandszugehörigkeit und der Beitragsklasse umgehend ihre Bewerbung an den Zentralvorstand Düsseldorf 56, Concordiastraße 7, einzureichen. Beizufügen ist ein kurzer, selbstgeschriebener Aufsatz über: „Die Aufgaben eines Lokalbeamten“.

Versammlungskalender.

M. Gladbach-Permes. 5. Oktober, 10.30 Uhr, bei Rössges, Gasometerstraße.

Jedes Mitglied muß sein ein Agitator für unseren Verband!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Ein Merkmal in der Geschichte unseres Verbandes - Industrie und wirtschaftliche Aufklärung. - Das Gesetz über die Betriebsräte. - Heim und Klub für die erwerbstätige Frau. - Allgemeine Fundstücken: Gibt es eine Beförderung der Bevölkerung mit Textilwaren? - Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. - Die „edlen“ Spartakisten. - 25 Jahre Gewerkschaft christl. Bergarbeiter. - Erhöhung der Renten für die Invalidenrentner. - Aus unserer Zukunft: Die Lage des deutschen Textilgewerbes. - Der Rohstoffmangel und die Textilindustrie. - Englische Wolle für Deutschland. - Steigerung der Ausfuhr englischer Textilmaschinen. - Amerika als Wettbewerber in der Seidenindustrie. - Aus unserer Bewegung: Unterstützungen während des Übergangsjets. - Vorträge über Sozialisierung, Räteystem, Arbeitsgemeinschaften und Tarifverträge. - Berichte aus den Ortsgruppen: Appelshülen. - Ettingen. - Guben. - Kaiserlautern. - Langerfeld i. B. - Vorrach. - Literatur. - Lokalbeamte bezw. Hilfskräfte gesucht. - Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: G. Waller, Düsseldorf.